Wenn dieser Newsletter nicht richtig angezeigt wird, klicken Sie bitte hier.

tier ärzte wonsees

NEWSLETTER

Der Wochenüberblick vom Samstag für Schweinehalter

17.12.2022

Bundesregierung will Tierhaltungskennzeichen gegen Bedenken der Länder durchziehen, 09.12.2022

Die Bundesregierung dämpft erneut Erwartungen nach großformatigen Änderungen am Gesetzentwurf für das Tierhaltungskennzeichengesetz. Vor allem die Forderung nach einer Ausdehnung der geplanten verpflichtenden staatlichen Haltungskennzeichnung auf ausländische Produkte weist sie zurück.

Es seien rechtliche Bedenken, die gegen eine Kennzeichnungspflicht für Waren sprechen, die ganz oder auch nur teilweise außerhalb Deutschland hergestellt werden, schreibt die Bundesregierung in ihrer in dieser Woche vom Kabinett beschlossenen Gegenäußerung auf Forderungen der Bundesländer. Diese hatten dem Entwurf zum Tierhaltungskennzeichnungsgesetz im Bundesrat zwar zugestimmt, aber dazu noch knapp 60 Änderungsvorschläge eingebracht.

EU-Herkunftskennzeichnung soll Wettbewerbsprobleme lösen: Lösen will Bundesagrarminister Cem Özdemir (Grüne) die Wettbewerbsungleichheit auf dem Fleischmarkt mit der Herkunftskennzeichnung. „Ich kenne auch die Sorge, dass ausländische Erzeuger einen Vorteil haben könnten, weil sie ihre Produkte nicht kennzeichnen müssen. Deshalb kämpfe ich in Brüssel dafür, dass neben dem Tierhaltungskennzeichen auch eine Herkunftskennzeichnung kommt“, sagte er in dieser Woche im Interview mit top agrar. Sein Ministerium habe in diesen Tagen die Zusage bekommen, dass die EU-Kommission Anfang des Jahres eine Vorlage für eine Ausweitung der europäischen Herkunftskennzeichnung präsentieren werde, so Özdemir.

Weitere Verhandlungen zur Finanzierungsfrage: In der offiziellen Gegenäußerung auf die Länderkritik teilt die Bundesregierung die Forderung des Bundesrates nach einem Finanzierungskonzept für den Umbau der Tierhaltung. Nachdem mit der Bereitstellung von 1 Mrd. € im Bundeshaushalt eine Anschubfinanzierung ermöglicht werde, werde eine Koalitionsarbeitsgruppe über eine weitergehende Finanzierung beraten, heißt es dort. [...]

Zeitplan für Öffnung des Tierhaltungskennzeiches offen: Offen zeigt sich die Regierung gegenüber der Kritik der Länderkammer, die Kennzeichnung zunächst auf frisches Schweinefleisch und den Abschnitt der Mast sowie die Vermarktung über den Lebensmitteleinzelhandel zu beschränken. Laut Gegenäußerung soll die verpflichtende staatliche Kennzeichnung „schrittweise auf Vermarktungswege, Haltungsabschnitte, Produkt- und Tierarten ausgeweitet werden“. Allerdings wird nicht weiter ausgeführt, wann und wie das erfolgen soll. [...]

Erleichterungen für höhere Haltungsstufen beim Baurecht: Die Regierung betont zudem die Notwendigkeit, Anpassungen im Bereich immissionsschutzrechtlicher Regelungen vorzunehmen, um den Um- und Neubau tierwohlgerechter Ställe zu erleichtern. Parallel zum Gesetz sollen demnach „verlässliche und klare Vollzugsregelungen zur TA Luft“ beschlossen werden. Ziel sei es, die Erleichterung von Emissionsminderungsverpflichtungen für qualitätsgesicherte Haltungsverfahren mit den Kriterien für die Haltungsformen Frischluft, Auslauf/Freiland und Bio in Einklang zu bringen.

Den Fokus beim Baurecht auf die höheren Haltungsstufen begründet Agrarminister Özdemir mit dem Ziel der Lenkungswirkung. „Wir wollen ermutigen und den Landwirten helfen, auf artgerechtere Haltungsformen umzusteigen, die den gesellschaftlichen Vorstellungen einer tiergerechten Haltung entsprechen“, sagte er gegenüber top agrar. Dazu sollen die Finanzierung, ein geändertes Baurecht und die Anpassungen bei der TA Luft als Paket dienen.

Regierung räumt bewusste Abkehr vom Borchert-Konzept ein: Nicht einverstanden ist die Regierung mit der Forderung der Länderkammer, dass der Umbau der Tierhaltung auf der Grundlage der Vorschläge der Borchert-Kommission erfolgen müsse. Sie argumentiert, dass sich die Empfehlungen des Kompetenznetzwerks von 2020 an dem damals vorgesehenen Konzept eines freiwilligen Tierwohlkennzeichens sowie den Stufen 2 bis 4 vom Haltungsformkennzeichen des Lebensmitteleinzelhandels orientiert hätten. Der nunmehr geplanten staatlichen Tierhaltungskennzeichnung liege ausdrücklich kein Stufenmodell zugrunde.

Quelle: topagrar.com

Ampel schafft fünf Stellen für den Bundestierschutzbeauftragten, 14.12.2022

Die Ampelkoalition stattet den Bundestierschutzbeauftragten mit fünf Stellen aus. Bisher war nur von drei Stellen die Rede gewesen. Das Aufgabenspektrum ist allerdings noch nicht klar umrissen.
Der von der Ampel im Koalitionsvertrag vereinbarte Bundestierschutzbeauftragte ist offenbar vom Start weg besser ausgestattet werden als bisher bekannt. Statt der zuvor kolportierten drei Stellen, darunter der Beauftragte selbst, sind nach Angaben der grünen Bundestagsabgeordneten Zoe Mayer für die Position schon zu Beginn insgesamt fünf Stellen vorgesehen. Neben dem Beauftragten soll es noch einen Sachbearbeiter und drei wissenschaftliche Mitarbeiter geben.
Fest stehen wohl auch deren Gehälter: Auf die Stellen entfallen Mayer zufolge zwei Posten in den Besoldungsgruppen A14, was einer Spanne von 4.723 € bis 6.422 € pro Monat entspricht. Zwei weitere Stellen sind als A8 und A13 eingestuft. Die Einstiegsgehälter liegen hier bei rund 2.766 € beziehungsweise 3.780 € monatlich. Für die Stelle des oder der Bundestierschutzbeauftragten ist eine Vergütung in der Besoldungsstufe B6 für „besondere Ämter im höheren Dienst“ geplant. Dies entspricht monatlich rund 10.600 €.

Quelle: topagrar.com; gekürzt

Verschärfte EU-Tierschutzregeln: Agrarminister uneins, 15.12.2022

Braucht es verschärfte Tierschutzregeln für die EU-Landwirte? In dieser Frage sind die Agrarminister gespalten. Die Trennlinien verlaufen zwischen Ost und West. Unter den EU-Landwirtschaftsministern gibt es im Hinblick auf die für 2023 geplanten Kommissionsvorschläge zum Tierschutzrecht Streit – vor allem über den anzustrebenden Umfang an Verschärfungen.
Ost gegen West: Dies wurde auf dem Agrarministerrat in Brüssel in dieser Woche deutlich. Dabei scheinen die Trennlinien wieder einmal zwischen den westlichen Mitgliedstaaten, die spürbar strengere Tierschutzauflagen befürworten, und der Mehrheit der mittel- und osteuropäischen sowie einigen südlichen EU-Ländern zu verlaufen. Die Gegner warnen vor negativen Folgen für die Tierhalter einerseits sowie die Nahrungsmittelpreise andererseits.
Nick sieht Handlungsbedarf: Für Deutschland stellte die Staatssekretärin im Bundeslandwirtschaftsministerium, Dr. Ophelia Nick, indes klar, dass aus Sicht der Bundesregierung beim Tierschutz dringender Handlungsbedarf bestehe. Dies müsse losgelöst von der aktuell angespannten wirtschaftlichen Lage gesehen werden. Nick erklärte, dass es dringend gesonderte Regelungen für Rinder und Mastputen geben müsse. Auch Finnland und Dänemark wiesen darauf hin, dass höhere Kosten kein Grund für Abstriche beim Tierschutz sein dürften.
Frankreich will „Spiegelklauseln“: Frankreichs Agrarminister Marc Fesneau forderte von der EU-Kommission eine konsequentere Umsetzung der bestehenden Tierschutzregeln und eine stärkere Harmonisierung derselben. Zudem bekräftigte Paris die Forderung nach einem EU-weiten Verbot des Kükentötens. Schließlich mahnte Fesneau erneut die Anwendung von Spiegelklauseln für Tiere und Fleischerzeugnisse aus Drittstaaten an. Damit will er Importen die gleichen Standards auferlegen wie heimischen Erzeugnissen.
EU-Staaten aus Süden und Osten: Wirtschaftliche Folgen bedenken!: Unterdessen warnten Griechenland und Bulgarien vor den wirtschaftlichen Folgen, sollten die EU-Regeln zum Tierschutz zu stark verschärft werden. Die Vertreter Athens gaben zu bedenken, dass man es in Griechenland mit hohen Temperaturen und zum Teil eingeschränktem Straßennetz zu tun habe. Eine Verkürzung der Transportdauer oder niedrigere Temperaturvorgaben für die Tiertransporte würden die Nutztierhalter in den ländlichen Gebieten benachteiligen.
Kroatiens Ressortchefin Marija Vučković verwies auf bereits hohe Investitionen vieler Nutztierhalter. Regelverschärfungen müssten daher finanziell aufgefangen werden. Derweil konstatierte die Leiterin der slowenischen Delegation, dass strengere Tierschutzstandards begrüßt würden. Zudem wies sie auf die Gefahr durch antimikrobielle Resistenzen hin, die bei schlechten Haltungsbedingungen und in der Folge höherem Behandlungsbedarf wachse.

Quelle: topagrar.com

Regierungsentwurf greift zu kurz, 16.12.2022

Grundlegende Änderungen am Regierungsentwurf für ein Tierhaltungskennzeichnungsgesetz fordert auch der Handelsverband Lebensmittel (BVLH). BVLH-Hauptgeschäftsführer Franz-Martin Rausch mahnte anlässlich der ersten Lesung des Regierungsentwurfes im Bundestag, dass die Regelungen bestehende Strukturen nicht gefährden dürften.

„Der Regierungsentwurf greift an mehreren Stellen deutlich zu kurz, um seine Ziele zu erreichen“, kritisierte Rausch. Die Vorlage sehe weder eine national einheitliche noch eine ausreichend belastbare Kontrollsystematik vor. Der Gesetzentwurf lasse wesentliche Tierarten, Produktgruppen, Verarbeitungsschritte und Absatzkanäle außen vor. Er gefährde privatwirtschaftliche Haltungs- und Kennzeichnungssysteme und benachteilige heimische Nutztierhalter. Zudem fehle ein schlüssiges Gesamtkonzept aus Bau- und Immissionsschutzrecht sowie Finanzierung.

Bei der Kontrolle der Kennzeichnung müssten sowohl das engmaschige, privatwirtschaftliche Kontrollnetz als auch die bestehenden Kontrollstrukturen privater Programme im Ausland genutzt werden, erklärte Rausch. Die Kriterien der staatlichen Kennzeichnung müssten mit denen privatwirtschaftlicher Tierwohlsysteme harmonisiert werden. Anderenfalls drohten Marktverschiebungen zu Lasten von Produkten mit höheren Tierwohlstandards und in der Folge eine massive Gefährdung der Initiative Tierwohl (ITW) und weiterer Tierwohlprogramme. Notwendig sei darüber hinaus ein Zeitplan, der die Einbeziehung weiterer Tierarten, Produktgruppen, Produktionsschritte und Absatzkanäle bis spätestens Mitte 2024 verbindlich vorsehe.

Grundsätzlich zufrieden ist man indes beim Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW). „Die geplante, verpflichtende staatliche Haltungskennzeichnung ist ein überfälliger und wichtiger Baustein für den notwendigen Umbau der Tierhaltung in Deutschland“, sagte der geschäftsführende Vorstand des Bio-Spitzenverbandes, Peter Röhrig. Dass Bio in der geplanten Haltungskennzeichnung eine eigene Stufe wie bei der erfolgreichen Eierkennzeichnung erhalten solle, sei richtig und wichtig. Bio sei der einzige umfassende gesetzliche Standard für eine artgerechte Tierhaltung.

Wichtig sei, dass die vom Landwirtschaftsministerium angekündigte Ausweitung der Haltungskennzeichnung auf die noch fehlenden Lebensphasen beim Schwein und auf weitere Tierarten sowie verarbeitete Produkte und die Außerhausverpflegung zügig erfolge, erklärte Röhrig. So weit wie europarechtlich möglich sollte die Kennzeichnung ihm zufolge auch importiertes Fleisch umfassen. Im Bio-Recht sei bereits heute neben den Haltungsvorgaben für alle Lebensphasen relevanter Nutztiere auch die Kennzeichnung in allen Vertriebsbereichen europaweit geregelt.

Quelle: fleischwirtschaft.de

Schweinefleischexporte der EU verzeichnen eine kräftiges Minus, 06.12.2022

Die internationalen Schweinefleischverkäufe der Europäischen Union (EU) liegen deutlich unter dem Vorjahresniveau. Vor allem der eingebrochene Absatz nach China drückt nach wie vor das Gesamtergebnis. Relativ gesehen verzeichnet Italien durch den ASP-Ausbruch und die von vielen Drittländern verhängten Einfuhrsperren den stärksten Exportrückgang in der EU, berichtet Agra Europe.

Der stark rückläufige Absatz in China hat den Schweinefleischexporteuren in der Europäischen Union erhebliche Umsatzeinbußen beschert. Laut Daten der Brüsseler Kommission sind die Ausfuhrerlöse für Schweinefleisch und Nebenerzeugnisse im gesamten Drittlandshandel von Januar bis September 2022 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 1,33 Mrd. Euro oder 14,5% auf 7,83 Mrd. Euro gesunken. Bei den Verkäufen nach China wurde dabei ein Umsatzrückgang von 2,03 Mrd. Euro oder 44,6% auf 2,24 Mrd. Euro verzeichnet, was jedoch durch höhere Ausfuhrmengen und -erlöse in andere Staaten etwas abgemildert werden konnte.

EU-Außenhandel verzeichnet Minus von über 19%: Insgesamt sind aus den EU-Mitgliedstaaten nach Kommissionsangaben in den ersten neun Monaten 2022 - gemessen in Schlachtgewicht - rund 3,32 Mio. t Schweinefleisch in Drittländer verkauft worden, was Im Vorjahresvergleich einem Minus von 801.200 t oder 19,5% entsprach. Nicht enthalten ist darin wegen fehlender aktueller Daten die Ausfuhr nach Großbritannien, dem zweitwichtigsten EU-Drittlandskunden. Die Lieferungen auf die britische Insel lagen in den ersten acht Monaten 2022 mit knapp 579.000 t um 1,5% unter der Vorjahresmenge. Wird dies berücksichtigt, fällt der Gesamtrückgang bei den EU-Exporten weniger stark aus. Dennoch bleiben die internationalen Schweinefleischverkäufe klar hinter dem Vorjahresergebnis zurück.

Absatz nach China um 51% eingebrochen: Verantwortlich dafür ist in erster Linie die Kaufzurückhaltung Chinas, die auch die Exporteure in den USA und in Brasilien zu spüren bekommen. Die Schweinefleischlieferungen der EU nach China beliefen sich laut Kommission in den ersten drei Quartalen 2022 auf 1,06 Mio. t; das waren 1,11 Mio. t oder 51,1% weniger als in der Vorjahresperiode. Nach deutlichen Rückgängen im ersten Halbjahr haben die Verkäufe in die Volksrepublik im dritten Quartal allerdings wieder etwas zugenommen.

Hohe Exporterlöse in Japan: Neben China wurden nur für die Schweinefleischausfuhren nach Vietnam mit einem Minus von 37,7% auf 69.520 t sowie für Hongkong mit 55,6% auf 59.040 t spürbare Rückgänge gemeldet. Für alle anderen Destinationen zeigen die Handelsdaten dagegen zumeist deutliche Zuwächse. So legten die EU-Schweinefleischausfuhren nach Japan gegenüber den ersten drei Quartalen 2021 um 30,9% auf 358.100 t und auf die Philippinen um 34,8% auf 366.800 t zu.

Um jeweils gut 40% stiegen die Lieferungen nach Südkorea, Australien und Taiwan. Hinter China blieb Japan mit einem Umsatzvolumen von 1,17 Mrd. Euro wertmäßig die wichtigste Absatzdestination.

Stärkster Exportrückgang in Italien: Größter Schweinefleischexport der EU blieb Spanien mit 1,21 Mio. t; das waren allerdings 20,6% weniger als in den ersten drei Quartalen von 2021. Die dänischen Ausfuhren sanken um 19,0% auf 585.420 t, die niederländischen nur um 5,9% auf 523.560 t. Für Deutschland wurde ein Minus beim Drittlandsabsatz von 123.180 t oder 36,7% auf lediglich noch 212.730 t ausgewiesen. Das war das geringste Niveau seit 15 Jahren. Relativ gesehen wurde dieser Rückgang nur von Italien mit einem Minus von 40,3% auf 59.300 t übertroffen. Dort wurde Anfang 2022 erstmals die Afrikanische Schweinepest (ASP) festgestellt, woraufhin viele Drittländer Einfuhrsperren verhängten. Auch in Österreich mussten die Schweinefleischexporteure einen recht deutlichen Einbruch ihrer Drittlandsverkäufe verkraften; diese sanken gegenüber der Vorjahresperiode um 35,1% auf 48.870 t.

Quelle: schweine.net

Schlachtungen im Sinkflug, 13.12.2022

Destatis-Bilanz: Import von Schweinen gleicht Rückgang aus heimischen Ställen nicht aus. Auch das Aufkommen an Rindern verringerte sich spürbar. Bei den stark rückläufigen Schlachtungen von Schweinen in Deutschland zeichnet sich keine Wende ab. Zuletzt hat sich der Negativtrend sogar noch etwas verschärft. Wie aus Daten des Statistischen Bundesamts (Destatis) hervorgeht, kamen im Oktober rund 3,80 Millionen Tiere an die Haken der hiesigen Schlachtbetriebe; das waren 445.100 Stück oder 10,5 Prozent weniger als im Vorjahresmonat. Im September hatte das Minus bei 10,3 Prozent und im August bei 7,1 Pro-zent gelegen, womit sich die Lücke zum Vorjahresmonat weiter vergrößert hat. Die Erzeugung von Schweinefleisch fiel im Berichtsmonat mit 363.700 t um 10,2 Prozent kleiner als im Oktober 2021 aus. Solch starke Abnahmeraten hat es lange Zeit nicht gegeben.

Kaum besser sieht die Bilanz für die ersten zehn Monate 2022 aus. Den Statistikern aus Wiesbaden zufolge wurden in Deutschland von Januar bis Oktober insgesamt 39,13 Millionen Schweine zerlegt; gegenüber der Vorjahresperiode bedeutet das ein Minus von 3,95 Millionen Tieren oder 9,2 Prozent. Die Schweinefleischerzeugung nahm wegen des geringeren Schlachtgewichts in diesem Zeitraum sogar um 9,8 Prozent auf knapp 3,73 Mio. t ab. Vor fünf Jahren waren es noch rund 830.000 t oder 22 Prozent mehr gewesen.

Das wachsende Defizit im Angebot von Schlachtschweinen versuchen einige Schlachtunternehmen durch vermehrte Einfuhren von Mastschweinen aus dem Ausland zu decken. Erstmals seit Jahren ist wieder ein leichter Anstieg der Schlachtungen von Auslandsschweinen zu verzeichnen, und zwar von Januar bis Oktober um zwei Prozent auf 996.600 Stück im Vorjahresvergleich. Doch das reicht bei weitem nicht aus, um den Rückgang aus den heimischen Ställen auszugleichen. Laut Destatis sank die Zahl der an die Schlachtbetriebe gelieferten Inlandsschweine um 3,97 Millionen Stück oder 9,4 Prozent.

Den Schlachtunternehmen in Deutschland standen in den ersten zehn Monaten 2022 auch weniger Rinder für die Verarbeitung zur Verfügung. Das betreffende Aufkommen war mit insgesamt 2,45 Millionen Tieren gegenüber der Vorjahresperiode um 211.800 Stück oder acht Prozent rückläufig. Die Erzeugung von Rindfleisch nahm um 8,4 Prozent auf 805.800 t ab. Die Landwirte lieferten mit

Der Nordwesten stockt kräftig ab, 15.12.2022

Der Strukturwandel reißt auch in Nordrhein-Westfalen als zweitgrößtem Schweineland in der Bundesrepublik tiefe Löcher in die Bestände. So standen bei der jüngsten Viehzählung am 3. November 2022 in den NRW-Betrieben nur noch 5,78 Millionen Schweine, wie das Statistische Landesamt anhand vorläufiger Ergebnisse mitteilt. Die Zahl der Schweine war damit um 5,0 % niedriger als im Mai 2022 und sogar gut 8% niedriger als im November 2021.
Rund 5 670 Betriebe hielten in Nordrhein-Westfalen im November 2022 einen Mindestbestand von 50 Schweinen oder zehn Zuchtsauen. Das waren 350 Betriebe weniger als im Mai 2022. Insgesamt sank die Zahl der Mastschweine im Vergleich zum Mai um 6,6% auf 2,76 Millionen Tiere. Im Vergleich zum November 2021 fällt der Rückgang der Mastschweinebestände mit knapp 12% besonders hoch aus. Rückgänge gab es mit minus 8,6% auch bei den Ferkeln. Bei den Zuchtschweinen mit mehr als 50 Kilogramm Lebendgewicht sank der Bestand im Vergleich mit der vorherigen Zählung im Mai 2022 um 4,4% auf 332 700 Tiere. Noch drastischer zeigt sich der Strukturwandel in Niedersachsen. Dort wurden im November rund 11% weniger Schweine gezählt als ein Jahr zuvor. Besonders stark ist der Rückgang der niedersächsischen Zuchtsauenbestände um 16% binnen eines Jahres.

Quelle: susonline.de

ERGÄNZUNG: Auch die vorläufigen Zahlen für Hessen zeigen dramatische Bestandsreduzierungen. Bei den Zuchtsauen geht man in dem Zeitraum vom November 2022 gegenüber dem Mai 2022 von einem Rückgang von 24,7% aus. Für den Zeitraum eines Jahres (Nov. 22 gegenüber Nov. 21) ist ein Rückgang von 16,7% zu verzeichnen. Auch bei den Mastschweinen ist ein deutlicher Bestandsabbau vorhanden. Für den Zeitraum November 2022 gegenüber Mai 2021 beträgt die Minderung 13,4%. Im Jahresvergleich (Nov. 22 - Nov. 21) beträgt der Bestandsabbau 7,5%.

Wilfried Brede

Ferkel VEZG

25 kg Notierung / 200er Gruppe

Aktuelle Woche: 61,00 EUR

(19.12.22 – 25.12.22)

Vorwoche: 61,00 EUR

Mastschweine VEZG

Basispreis je kg SG

Aktuelle Woche: 2,00 EUR

(14.12.2022)

Vorwoche: 2,00 EUR

Dieser Newsletter wurde in Zusammenarbeit erstellt von:

Tierärzte Wonsees GmbH
Kulmbacher Str. 17
96197 Wonsees
www.tieraerzte-wonsees.de

Serviceteam Alsfeld
An der Hessenhalle 1
36304 Alsfeld
www.sta-alsfeld.de

STA
Serviceteam Alsfeld GmbH

Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.